

# Die DDR – Modell für die zukünftige Einheit der Nation

Hinsichtlich der bisherigen Betrachtungen, meint der Fragesteller, könnte man annehmen, daß die staatliche Spaltung der deutschen Nation unvermeidbar war. Das ist jedoch nicht ganz richtig. Zur Spaltung der Nation kam es, weil sich das Monopolkapital in Westdeutschland sozialpolitisch konsolidieren konnte und nicht entmachtete wurde. Und in dem Maße, wie das westdeutsche Monopolkapital zur politischen Macht schritt, vertiefte es die Spaltung der Nation. Hier liegt der Ausgangspunkt für die staatliche Spaltung der deutschen Nation, den man nicht übersehen kann. Dieser Ausgangspunkt war aber durchaus vermeidbar, wenn die friedliebenden Kräfte Westdeutschlands ähnlich wie die in der DDR die ihnen nach dem zweiten Weltkrieg gebotene Möglichkeit – den Imperialismus und Militarismus zu überwinden – genutzt hätten. In dem Moment jedoch, als das deutsche Monopolkapital die sozialpolitische Machtfülle in Westdeutschland zunächst zu seinen Gunsten entschied, hatte es die Möglichkeit, diesen Teil Deutschlands aus der historisch-notwendigen Umwälzung, die nach dem zweiten Weltkrieg auf der Tagesordnung stand, auszuklammern.

Gut, sagt der Fragesteller, aber nachdem sich zwei Staaten gebildet hatten, war abzusehen, daß Deutschland für längere Zeit staatlich gespalten sein würde. Ja und nein, kann man dazu bemerken. Ja, wenn man von den gegenwärtigen Realitäten in Deutschland ausgeht. Nein, wenn man die Geschichte dieser Realitäten beachtet. Sie zeigt, daß die Deutsche Demokratische Republik seit ihrem Bestehen eine Politik zur schnellen Überwindung der Spaltung der Nation einleitete. Erinnern wir uns deshalb der Jahre von 1950 bis 1955/56.

In dieser Periode sah die DDR ihre nationale Mission darin, die neuen sozialpolitischen Grundlagen der Nation im östlichen Teil Deutschlands zu festigen, auf sozialistischer Grundlage weiter zu entwickeln und ein breites Bündnis mit allen Gegnern der Adenauer-Politik einzugehen. In den Jahren von 1949 bis 1955, bis zur Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO hielt die Partei, trotz der von den Imperialisten herbeigeführten Spaltung Deutschlands an der Konzeption fest, daß der Imperialismus und Militarismus in einem einheitlichen deutschen Staat in offener demokratischer Auseinandersetzung überwunden werden kann. Von dieser strategischen Konzeption her wurden alle Maßnahmen der Partei bestimmt. Im Interesse dieser Politik wurde in den Jahren 1949–1952 die Frage des Aufbaus des Sozialismus noch nicht offen gestellt. Einige Maßnahmen in dieser Richtung wurden verzögert. Es ist das historische Verdienst der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die gesamt-nationalen Interessen – Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Einheit in ganz Deutschland – zeitweilig über das unmittelbare Interesse der Arbeiterklasse am Aufbau des Sozialismus in der DDR gestellt und sie weiterhin ständig berücksichtigt zu haben. Für die Richtigkeit dieser wahrhaft nationalen Politik sprachen zur damaligen Zeit eine Reihe politischer Faktoren.

Einmal hatten die nationalen Kräfte in ganz Deutschland in der DDR eine neue sozialpolitische Basis ihres Kampfes. In diesem Teil Deutschlands formierte sich in Gestalt der antifaschistisch-demokratischen und danach der sozialistischen Einheit der Bevölkerung die zukünftige Einheit der deutschen Nation.

Zum andern entwickelte sich Anfang der 50er Jahre in Westdeutschland eine relativ starke Bewegung gegen die Politik der CDU. Sie erfaßte breite Teile der Jugend, die Gewerkschaften, und andere Bevölkerungsschichten. Schließlich begann sich eine bürgerliche Opposition gegen die Politik Adenauers zu entwickeln. Sie gruppierte sich um Gustav Heinemann, Helene Wessel

Dr. Georg Harder

## Zum sozialen Inhalt der nationalen Frage

Artikel 4

und andere. Heinemann schätzte die Vereinigung, von der Hauptstadt Berlin, ein bloßes Sonntagsgespräch zu werden, während am Werktag, in der Wirklichkeit etwas völlig anderes getan wurde, das nun zum Traum der Wiedervereinigung im unlöslichen Widerspruch stand. Sicher kann man dieser Einschätzung von Golo Mann nicht völlig zustimmen. Doch trifft sie im wesentlichen auf die Politik der aggressivsten Teile des Monopolkapitals, des Militarismus und Revanchismus, die gegenwärtig in Westdeutschland die Nozstandgesetzgebung und atomare Aufrüstung durchzusetzen versuchen, zu.

Seit 1955/56 tritt der soziale Inhalt der nationalen Frage immer stärker in Erscheinung. Einmal ist die Wiedervereinigung von nun ab

litarismus und Revanchismus zurückgedrängt wird. Darin besteht die nationale Verantwortung aller fortschrittlichen Deutschen in beiden Staaten. Aber die Erfüllung dieser nationalen Verantwortung findet unter qualitativ verschiedenen sozialen Bedingungen statt, die man nicht beliebig mit gleichem Maß messen kann, wie es des öfteren geschieht.

Die DDR erfüllt ihre nationale Mission, indem die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Ordnung ständig weiter entwickelt, der Arbeiter-und-Bauern-Staat gefestigt und die sozialistische Lebensform der Nation allseitig entfaltet wird. Da die ökonomische und sozialpolitische Machtfülle in diesem Teil Deutschlands seit langem zugunsten

denen die sozialpolitische Macht von den aggressivsten Teilen des Monopolkapitals ausgeht wird. Nicht die demokratischen Kräfte, sondern das Monopolkapital beherrscht das ökonomische und geistige Potential der Entwicklung der Produktivkräfte, die sozialen Beziehungen und solche Einrichtungen wie Presse, Rundfunk und Fernsehen. Hier erklingt nicht uns gegenüber die Stimme der demokratischen Kräfte, sondern die der Erhard-Regierung, die des Monopolkapitals. Der antinationalen Charakter dieser Politik besteht gerade darin, daß das ökonomische und geistige Potential Westdeutschlands für die Durchsetzung eines abenteuerrischen Politik mißbraucht wird. In diesem Teil Deutschlands besteht eine tiefe Kluft zwischen den Erfordernissen der Nation und dem sozialen System des Imperialismus, zwischen der Nation und dem Bonner Staat, zwischen dem Nationalbewußtsein vieler westdeutscher Bürger und dem vom Monopolkapital erzeugten antinationalen Staatsbewußtsein. Demokratischer Kampf in Westdeutschland bedeutet deshalb aktiver Widerstand gegen die bestehenden Machtverhältnisse. Das heißt, die nationale Verantwortung der westdeutschen Bürger kann nur erfüllt werden durch die Einigung aller demokratischen Kräfte.

Hier muß die Lehre gezogen werden, die im östlichen Teil Deutschlands bereits erfüllt worden ist, und die Carl von Ossietzky in seiner Rede vor dem Schutzverband deutscher Schriftsteller Ende Februar 1933 in folgenden Worten kleidete: „Ich habe nach allen Seiten gekämpft, mehr nach rechts, aber auch nach links. Heute jedoch sollen wir wissen, daß links von uns nur noch Verbündete stehen. Die Flagge zu der ich mich bekenne, ist... das rote Banner der geeinten antifaschistischen Bewegung.“ Die DDR ist der stärkste Verbündete der westdeutschen Bürger für die Erreichung dieses Ziels, von dessen Erfüllung die Zukunft Westdeutschlands entscheidend abhängt. Indem die Werktätigen Westdeutschlands der Allianz von Monopolkapital, Militarismus und Revanchismus ihre Einheit unter Führung der Arbeiterklasse entgegensetzen, helfen sie im Bündnis mit der sozialistischen DDR, den Weg zu einer neuen Einheit der Nation in Deutschland zu bahnen.



Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR traten in dieser Zeit für ein breites Bündnis mit der demokratischen Bewegung und der bürgerlichen Opposition Westdeutschlands ein. Auf diesem Wege wäre es möglich gewesen, Anfang der fünfziger Jahre die aggressivsten Teile des westdeutschen Monopolkapitals zu isolieren und die Spaltung der Nation in historisch-kurzer Frist zu überwinden. Was war aber die Antwort der CDU unter Führung Adenauers auf die Politik der Regierung der DDR, auf die Bestrebungen der demokratischen Bewegung einschließlich der bürgerlichen Opposition Westdeutschlands? Diese sah so aus: Abrocken von eigenen Vorschlägen, sofern die Regierung der DDR zu verhandeln bereit war, Unterschrift unter den Generalkriegsvertrag und die Pariser Verträge, Eintritt in die NATO usw. Demals begann das Reden von Wiedervereinigung, von deutscher

ein komplizierter und langer Kampf um die weitere Stärkung der DDR auf der einen Seite und um die demokratischen Rechte des Volkes in Westdeutschland auf der anderen Seite. Zum andern nimmt die sozialpolitische Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Deutschland relativ neue Formen an. Welche sind das, möchte der Fragesteller wissen.

Zum ersten verlagert sich der Kampf um die Lösung der nationalen Frage mehr auf die Auseinandersetzung zweier sozialer Systeme – dem des Sozialismus in der DDR und dem des Imperialismus in Westdeutschland – innerhalb der deutschen Nation.

Zweitens drückt sich diese Auseinandersetzung auf staatlicher Ebene zwischen dem Arbeiter-und-Bauern-Staat sowie dem Bonner Staat aus.

Drittens entwickelt sich in der DDR auf der Grundlage der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung die sozialistische Entwicklungsform der Nation, während in Westdeutschland noch die bürgerlich-imperialistische Lebensform der Nation existiert. In letzterer sind die Menschen ähnlich wie im früheren Nationalstaat sozialpolitisch gespalten.

Viertens entfaltet sich die sozialpolitische Auseinandersetzung zwischen den Werktätigen und dem Monopolkapital innerhalb Westdeutschlands als allgemein-demokratischer Kampf. Hier wendet der Fragesteller ein, daß doch zwischen diesen Erscheinungsformen des sozialen Inhalts der nationalen Frage eine Einheit besteht. Sicher, nur darf man sie nicht beliebig miteinander vermischen, sondern muß von ihrer objektiven Dialektik ausgehen.

Die Gemeinsamkeit zwischen dem Kampf der DDR und dem der demokratischen Bewegung Westdeutschlands besteht darin, daß die abenteuerrische Politik des westdeutschen Monopolkapitals, des Mi-

der friedliebenden Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse entschieden wurde, existiert eine Einheit zwischen dem sozialen System und dem nationalen Erfordernissen, zwischen der Nation und dem sozialistischen Staat, wird das Nationalbewußtsein durch das sozialistische Staatsbewußtsein integriert. Insofern ist die DDR das bereits verwirklichte Modell für ganz Deutschland und zwar sozial, national und staatlich. Aus diesem Grunde hat auch die DDR das Recht, im Namen der ganzen deutschen Nation zu sprechen. Die nationale Verantwortung jedes Bürgers der DDR besteht deshalb darin, diesen seinen Staat durch die tägliche Arbeit zu stärken und die sozialistische Lebensform der Nation allseitig zu erobern.

In Westdeutschland hingegen formiert sich die demokratische Bewe-

- Anmerkungen:
- Walter Ulbricht: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, ND v. 14. April 1963, Nr. 103, S. 6.
  - Plädoyer für eine neue Regierung oder keine Alternative, Herausg. von Hans-Werner Richter.
  - Golo Mann: Der verlorene Krieg und die Folgen, in: Bestandaufnahme, Herausg. von Hans-Werner Richter, München-Wien-Basel, S. 26.
  - Walter Ulbricht: Rede vor westdeutschen Jungarbeitern, in: LZV, 8. Juni 1965, S. 3.
  - Zitiert nach Erich Paterna: Das historische Recht auf Führung der Nation, Kongress-Verlag, Berlin, S. 113.

